

FRITZ BEHRENS

Kritik der politischen Ökonomie und ökonomische Theorie des Sozialismus

Vor hundert Jahren schrieb *Marx* im Vorwort zum I. Band seines *Kapital*, auf dem Gebiete der politischen Ökonomie begegne die „freie wissenschaftliche Forschung nicht nur demselben Feind wie auf allen anderen Gebieten. Die eigentliche Natur des Stoffes, den sie behandelt, ruft wider sie die heftigsten, kleinlichsten und gehässigsten Leidenschaften der menschlichen Brust, die Furien des Privatinteresses auf den Kampfplatz“¹⁾. Seit fünfzig Jahren wird der sozialistische Gedanke verwirklicht und in den Ländern, in denen der Sozialismus verwirklicht wird, können die „Furien des Privatinteresses“ die freie wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiete der politischen Ökonomie folglich nicht mehr behindern. Wie aber kommt es, daß der Kritik der politischen Ökonomie von *Marx* noch kein Werk über die sozialistische Ökonomie an die Seite gestellt werden kann, das — wenn es auch nicht das Niveau des *Kapital* erreicht — doch wenigstens den Werken der klassischen bürgerlichen Ökonomen an die Seite zu stellen ist, deren Gedanken *Marx* in dem bekannten dreifachen Sinne „aufhob“? Stelle die gesellschaft-

1) *Marx-Engels, Werke, Dietz-Verlag, Berlin, Band 23, 1962, S. 16.*

liche Wirklichkeit keine Probleme, die zu theoretischen Arbeiten anreizen oder ist das Fehlen einer Theorie der sozialistischen Ökonomie, die das Erbe des Schöpfers der *Kritik der politischen Ökonomie* würdig fortsetzt, durch einen Mangel an schöpferischer Potenz bei den Ökonomen in den sozialistischen Ländern zu erklären? Oder lag es überhaupt nicht in ihrer Kraft, in ihrem Vermögen, eine politische Ökonomie des Sozialismus zu schaffen, eine politische Ökonomie, die eine sozialistische Basis, sozialistische Produktionsverhältnisse in Begriffe und Kategorien faßt und ihre Gesetze aufdeckt?

I

Eine Antwort auf diese Frage zu geben, das heißt im Grunde genommen eine Geschichte des Sozialismus zu schreiben, nachdem er aus einer Wissenschaft zur Tat geworden ist, denn *Lenin* und seine Partei taten, was *Marx* und *Engels* als Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus zweifellos in gleicher historischer Situation auch getan haben würden; dafür sprechen nicht nur ihre Äußerungen, dafür spricht auch ihr Verhalten in den Jahren 1848 und 1871. *Lenin* und seine Partei taten das, was die westeuropäischen Sozialdemokraten nicht nur niemals gewagt, sondern stets noch verhindert haben: Sie ergriffen die Macht, errichteten die revolutionäre Diktatur des Proletariats und begannen die sozialistische Umgestaltung des Landes. Die westeuropäischen Sozialdemokraten dagegen paktierten bisher in allen geschichtlich entscheidenden Augenblicken mit dem Klassenfeind, obgleich in ihren Ländern — im Gegensatz zu Rußland — die ökonomischen Bedingungen für eine sozialistische Revolution längst vorhanden waren.

Hiermit aber muß die Geschichte der Verwirklichung des sozialistischen Gedankens beginnen, mit der Feststellung nämlich, daß der Sozialismus nicht in den ökonomisch fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern begann, sondern in ökonomisch zurückgebliebenen oder zurückgeworfenen Ländern. Stets gingen die Klassiker des Marxismus davon aus, daß nur der gegen die Schranke der kapitalistischen Produktionsverhältnisse rebellierende Reichtum der vom Kapitalismus geschaffenen Produktivkräfte den Sozialismus ermöglichen, daß der Sozialismus nur eine Folge der Fülle und nicht des Mangels sein kann. Die „ursprüngliche Akkumulation des Kapitals“ sollte einen sich immer mehr erweiternden Reproduktionsprozeß in Gang setzen, der schließlich durch die Konzentration und Zentralisation des Kapitals die materiellen Bedingungen für die sozialistische Gesellschaftsordnung schafft, die selbst ohne „ursprüngliche Akkumulation“ durch die „Expropriation der Expropriateure“ entstehen sollte. Im Vorwort seiner *Kritik der politischen Ökonomie* schrieb *Marx* die oft zitierten Worte: „Eine Gesellschaftsordnung geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist; und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoße der alten selbst ausgebrütet sind.“²⁾

An Stelle des von *Marx* formulierten trat ein anderer Widerspruch: der Widerspruch zwischen schon vorhandenen Eigentumsverhältnissen und noch nicht ausreichenden materiellen Produktivkräften. Sozialistische *Eigentumsformen* erfordern aber sozialistische *Verteilungsnormen*. Bis das materielle Niveau der Produktivkräfte eine Verteilung nach den Bedürfnissen möglich macht, wird der Sozialismus durch den Widerspruch zwischen Eigentumsform und Verteilungsnorm beherrscht, der durch den — negativen — Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in dem Maße verschärft wird, wie ein Land ökonomisch rückständig ist und seine Produktivkräfte daher „treibhausmäßig“ entwickeln muß. Die Verteilung nach der Leistung kann unter diesen Bedingungen natürlich auch nicht zu einem höheren Lebensstandard führen, als der Verkauf der Ware Arbeitskraft unter kapitalistischen Bedingungen auf einem höheren Niveau der materiellen Produktivkräfte.

2) a.a.O., Band 13, 1961, S. 9.

Mit einem Wort: Die „Expropriation der Expropriateure“ reichte nicht aus, um den Sozialismus zu verwirklichen, weil der vom Kapitalismus geschaffene Reichtum nicht vorhanden oder wieder zerstört worden war, und auch an der Schwelle des Sozialismus stand die Kluft zwischen *notwendiger* Investition und *möglicher* Akkumulation, die wieder nur durch eine „ursprüngliche Akkumulation“ geschlossen werden konnte. So begann die erste sozialistische Revolution, die russische Revolution, als bürgerliche Revolution in einem ökonomisch rückständigen Land, und als sie zum Sieg der sozialistischen Kräfte führte, hofften diese, daß ihr Sieg nur der Beginn der sozialistischen Revolution in Europa sein werde.

Erst als diese Hoffnung trog, begann der Aufbau des Sozialismus in einem Lande mit seinen unsäglichen Entbehrungen und den gigantischen Schwierigkeiten, die von den sowjetischen Werktätigen nur durch ihren beispiellosen Opfermut in einem ebenso beispiellos heroischen Kampf überwunden werden konnten.

Lenin sprach in seinem „Referat über Krieg und Frieden“ am 7. März 1918 von den zwei „ungeheuer schwierigen Aufgaben“, die nach dem Sieg der Oktoberrevolution zu lösen seien. Die *erste Aufgabe*, sagte er, sei die der inneren Organisation, vor der jede sozialistische Revolution steht. Diese Aufgabe sei aber gerade deshalb so schwierig, weil die Sowjetmacht, „abgesehen von den entwickeltesten Formen des Kapitalismus, die im Grunde genommen nur einige wenige Spitzen der Industrie erfaßt und die Landwirtschaft erst ganz wenig berührt“ hatten, keine „fertigen Verhältnisse“ vorfand. Die *zweite Aufgabe*, sagte *Lenin*, ergibt sich aus dem Ausbleiben der Revolution in den Ländern Westeuropas. „Hier haben wir die größte Schwierigkeit der russischen Revolution, ihr größtes historisches Problem: die Notwendigkeit, die internationalen Aufgaben zu lösen, die Notwendigkeit, die internationale Revolution auszulösen, den Übergang zu vollziehen von unserer Revolution als einer eng nationalen zur Weltrevolution.“³⁾

Die Rückständigkeit des Landes und das Ausbleiben der Weltrevolution, das Steckenbleiben im Rahmen einer eng nationalen Revolution in einem ökonomisch rückständigen Land — das waren die Besonderheiten der ersten sozialistischen Revolution. Aber diese Besonderheiten galten auch für die weitere Ausbreitung des Sozialismus nach dem 2. Weltkrieg. Das war der Boden, auf dem der mit dem Namen *Stalins* verknüpfte bürokratische Zentralismus mit seinen administrativen Zwangsmethoden wuchs. Es wurden nicht nur die für eine echte wissenschaftliche Diskussion notwendigen Informationen über ökonomische Vorgänge und Daten über das Maß hinaus verhindert, das durch die feindliche Umwelt geboten war, es wurde jede echte wissenschaftliche Diskussion überhaupt unterbunden. Tabu war die Frage der Warenproduktion und der Funktion des Wertgesetzes im Sozialismus, sofern die Meinungen von *Stalins* Auffassungen abwichen, tabu waren alle neuen Erkenntnisse aus der Ökonomie moderner Industrieländer, vom Grenzbegriff in der Kosten- und Preistheorie über die Theorie der strategischen Spiele bis zur Unternehmensforschung. Denn die bürgerliche Ökonomie hatte — so lautete die offizielle Auffassung — keinen „rationalen Kern“, sie war reine Apologetik, sie war eine „einzige reaktionäre Masse“.

Wenn also — so können wir die Antwort auf die gestellten Fragen zusammenfassen — aus dem Widerspruch zwischen den Produktivkräften mit den Produktionsverhältnissen ein Widerspruch wird zwischen erst zu schaffenden Produktionsverhältnissen und noch nicht vorhandenen Produktivkräften, dann haben wir die historischen Bedingungen, die die politische Ökonomie zu einer Apologetik eines bürokratischen Zentralismus degradierten. Wenn die materiellen Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus fehlen, durch die Gunst der politischen Konstellation eine sozialistische Partei aber die Macht ergreift, dann wird ungenügende ökonomische Reife durch die politische Gewalt des Staates als

3) *Lenin*, Werke, Dietz-Verlag, Berlin, Band 27, 1960, S. 77 ff.

ökonomische Potenz kompensiert, dann bedarf es keiner politischen Ökonomie des Sozialismus und schon gar nicht einer „Kritik der politischen Ökonomie“, dann genügen staatliche Befehle und Weisungen und ihre Kommentierung und Propagierung. An Stelle der „Furien des Privatinteresses“ traten somit andere Kräfte auf den Kampfplatz und sie waren stärker als die „Furien des Privatinteresses“, die Marx beklagte. Es waren historische Kräfte.

II

Man kann diese Antwort noch weiter ausspinnen, denn der Sozialismus begann nicht nur in ökonomisch rückständigen — oder zurückgeworfenen — Ländern; dazu kommt, daß dies fast ausnahmslos auch solche Länder waren, in denen die bürgerliche Demokratie nur schwach entwickelt oder durch den Faschismus wieder zerstört worden war. Die Lehre Stalins von den Produktionsverhältnissen als „Motor“ der Produktivkräfte drückte somit nicht das *objektive* Erfordernis aus, daß die Produktionsverhältnisse dem Stand der Produktivkräfte, sondern das *subjektive* Erfordernis, daß die Produktivkräfte erst dem Charakter der Produktionsverhältnisse angepaßt werden mußten. Es gibt kaum einen besseren Beweis für die Überwindung dieses Dogmas und damit für die Verwirklichung des sozialistischen Gedankens selbst als die Formulierung *Walter Ulbrichts* auf dem 7. Parteitag der SED: „Das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus wird charakterisiert durch ein *hohes Niveau* und ein *rasches Wachstum* der gesellschaftlichen Produktivkräfte, durch stabile, sich entwickelnde sozialistische Produktionsverhältnisse, durch eine starke sozialistische Staatsmacht, durch die allseitige Entwicklung der Demokratie, durch einen hohen Bildungsstand der Werktätigen und durch die Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen⁴⁾.“

Mit der Basis des bürokratischen Zentralismus schwindet auch der Dogmatismus als sein ideologischer Reflex und damit entstehen auch die Voraussetzungen dafür, daß die politische Ökonomie des Sozialismus ihren Charakter als Instrument dieses bürokratischen Zentralismus verliert und zur Wissenschaft von den Gesetzen einer sozialistischen Wirtschaft wird.

So kann — und muß — man die Vergangenheit und die Ursachen für die Erstarrung des Marxismus erklären, die ja nicht nur die politische Ökonomie betraf. Aber auch nur so kann — und muß — man auch die Veränderungen erklären, die sich unter unseren Augen vollziehen. Es waren historische Bedingungen, keine „Erkenntnisschranken“, es waren Schranken im *Objekt*, nicht im *Subjekt*, die eine schöpferische politische Ökonomie des Sozialismus nicht zuließen — wenn man von den lebendigen Diskussionen der Jahre unmittelbar nach der Oktoberrevolution selbst absieht. Die gleichen Ursachen sind auch der Schlüssel für das Verständnis der Veränderungen, die leider nur allzu langsam in das Blickfeld der interessierten Beobachter gelangen, und ich kann nicht nachdrücklich genug darauf aufmerksam machen, daß man einem Fehlurteil und mangelhafter Information zum Opfer fällt, wenn man glaubt, daß in den sozialistischen Industrieländern — an der Spitze die Sowjetunion — der bürokratische Zentralismus heute noch herrscht, mit dem Dogmatiker als Theoretiker. Wer so urteilt, der verkennt die säkulare Bedeutung der Wirtschaftsreformen und den damit zusammenhängenden Aufschwung der Wissenschaft überhaupt und auch der politischen Ökonomie. Er verkennt insbesondere ihre Bedeutung für die Entwicklung einer politischen Ökonomie des Sozialismus.

Längst ist der Sozialismus keine „belagerte Festung“ mehr auf der Erde. Seine Macht ist nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch seit der Oktoberrevolution unermesslich gewachsen. Es hieße offene Türen einrennen, wollte man das noch beweisen. Damit ist natürlich auch die oft zitierte „Ideologie der belagerten Festung“ im Schwinden begriff-

4) Walter Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus. Dietz-Verlag, Berlin, 1967, S. 83.

fen, selbst wenn man- die allen Marxisten bekannte Erscheinung strapaziert, daß die Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse einen Fortschritt zeigen können, dem der Oberbau nur langsam folgt. Die politische Ökonomie ist im Begriffe, eine Wissenschaft entwickelter sozialistischer Produktionsverhältnisse zu werden, was sie auf Grund der historischen Bedingungen der Entstehung des Sozialismus in der Vergangenheit nicht sein konnte.

Es versteht sich, daß ich damit nicht die — auch notwendige — Rezeption moderner Forschungsmethoden meine, den „Nachholebedarf“ in der Mathematisierung der politischen Ökonomie und auf solchen Gebieten, die noch vor wenigen Jahren verpönt waren, wie Psychologie, Soziologie oder Kybernetik u. a. mehr, sondern die wissenschaftliche Arbeit an den Problemen, die die Ökonomie hochentwickelter Industrieländer *ohne* Privateigentum an den Produktionsmitteln stellt. Ich meine damit — um es mit einem Satz zu sagen — die theoretischen Konzeptionen, die den Wirtschaftsreformen zu Grunde liegen, wie dem „Neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“, das — wie es Walter Ulbricht formulierte — „das eigentliche ökonomische System des Sozialismus“ ist, „das ökonomische System des hochentwickelten sozialistischen Industriestaates mit moderner intensiver Landwirtschaft“.

Es ist nicht meine Absicht, über diese Konzeptionen zu sprechen, die alle von der Erkenntnis ausgehen, daß mit der Vollendung des Sozialismus keine „Naturalisierung“ der ökonomischen Prozesse stattfindet, wie es Stalin lehrte und wie es die theoretische Grundlage des bürokratischen Zentralismus war, sondern daß die sozialistische Wirtschaft Warenproduktion ist, allerdings eine Warenproduktion anderer Art als die kapitalistische Warenproduktion, weil sie auf gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln beruht, auf staatlichem Eigentum oder Gruppeneigentum. Es ist auch nicht meine Aufgabe, auch nur die Umrisse der im Entstehen begriffenen politischen Ökonomie des Sozialismus zu zeichnen, die von einer anderen Qualität ist als der Empirismus der Vergangenheit.

Weil der Übergang von den alten Methoden identisch ist mit dem Übergang von der extensiv erweiterten zur intensiv erweiterten Reproduktion, stehen jetzt im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Problematik nicht mehr nur technisch-organisatorische Fragen der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, so wichtig sie sind, was auch der Umfang beweist, den z. B. die Behandlung von Leitungsproblemen in der modernen bürgerlichen Ökonomie einnimmt. Im Mittelpunkt stehen die ökonomischen Probleme der Effektivität der Volkswirtschaft und ihrer Teile, Fragen der optimalen Gestaltung des Verhältnisses von Akkumulation und Konsumtion, Fragen der optimalen Ausnutzung der vorhandenen Fonds an vergegenständlichter und lebendiger Arbeit, Fragen der Verbindung der individuellen und betrieblichen mit den gesellschaftlichen Interessen, des Verhältnisses zwischen notwendigen administrativen Methoden zur Leitung der Wirtschaft und möglichen ökonomischen Methoden, kurz: Fragen des optimalen Wachstums einer sozialistischen Volkswirtschaft als Grundlage eines „entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus“.

III

Will man nach alledem einen Vergleich mit der Geschichte der politischen Ökonomie des Kapitalismus wagen, so kann man — mit allen Vorbehalten, die man solchen Vergleichen stets entgegenbringen muß — sagen, daß die Theorie der sozialistischen Ökonomie die Schwelle des Übergangs vom Merkantilismus und Kameralismus zum Physiokratismus überschritten hat und den reifenden Produktionsverhältnissen entsprechend sich ihrer klassischen Periode nähert. Das heißt aber auch, daß die Periode der kritischen Auseinandersetzungen begonnen hat, denn ein theoretisches System der politischen Öko-

nomie des Sozialismus ist ohne ständige Kritik der Ökonomie selbst und ihrer Widerspiegelung in einem theoretischen System nicht möglich. Ein Blick in die sozialistische ökonomische Literatur der Gegenwart bekräftigt das. Es gibt zahlreiche Meinungsverschiedenheiten auch über prinzipielle Fragen — ich denke z. B. an die Preistheorie, an die Zinstheorie oder z. B. an die Frage der Gültigkeit oder Anwendungsmöglichkeit des Grenzbegriffs in der sozialistischen Ökonomie und vieles andere mehr.

Ich behaupte nicht, daß alle „heiligen Kühe“ des Dogmentarismus in der politischen Ökonomie des Sozialismus bereits geschlachtet sind, ich behaupte auch nicht, daß die durch das Leben, durch den ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus erzwungenen Veränderungen in der sozialistischen Wirtschaft bereits alle theoretisch verarbeitet oder gar zu einem theoretischen System verallgemeinert worden sind — im Gegenteil: man kann sogar feststellen, daß mit Hilfe der Rezeption mathematischer Methoden in der Ökonomie eine Schule entstand, die im Begriff ist, den bürokratischen Zentralismus wieder aufzurüsten. Für diese Schule ist z. B. der sowjetische Ökonom *W. W. Nowoschilow* repräsentativ, der meint, alle Fragen könnten zentral entschieden und dann auch administrativ verwirklicht werden, wenn die Rechentechnik nur weit genug entwickelt wäre. Dann bestünde keine Notwendigkeit mehr für einen „Selbstregulator“ der Wirtschaft, weil der „Planregulator“ ausreicht. Aber die Ursache der Wirtschaftsreformen liegt eben nicht in der unentwickelten Rechentechnik, sondern in der Existenz einer Warenproduktion, in der Tatsache also, daß mit dem sozialistischen Aufbau eben keine „Naturalisierung“ der ökonomischen Prozesse stattfindet, sondern daß die Warenproduktion sich ausdehnt und vertieft. Die von Nowoschilow repräsentierte Schule der sozialistischen Ökonomie betrachtet dagegen die „gegenwärtige Wirtschaftsreform“ nur als eine wichtige „Etappe bei der schrittweisen Umwandlung des Planes aus einer Direktive in ein ökonomisches Gesetz ...“, setzt also — zu Ende gedacht — an Stelle eines empirischen einen mathematisch auf frisierten Voluntarismus⁵⁾.

Solche Auffassungen existieren natürlich nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in anderen sozialistischen Ländern, und es ist kein Wunder, daß manche Anhänger alter Methoden plötzlich ihre Liebe für Mathematik und Kybernetik entdeckten, die sie vor gar nicht allzulanger Zeit noch verketzerten. Deshalb ist es von Bedeutung, daß sich kürzlich auch prominente sowjetische Wissenschaftler, darunter der bekannte Kybernetiker *Berg*, gegen den Standpunkt dieser „zentralen Elektroniker“, wie er sie nennt, gewandt haben, die davon ausgehen, daß „die gesamte Volkswirtschaft wie ein einziges riesiges Kombinat durch den Druck auf den Knopf eines Computers gesteuert werden könnte und sollte“.

Mit Recht stellt *Berg*, und mit ihm bekannte Ökonomen, fest, daß die Schwelle, die uns vom Aufbau sich selbständig regelnder Steuerungssysteme trennt, bereits überschritten sei. „Derartige Systeme befinden sich in der Projektierung und ihre Verwirklichung ist greifbar nahe gerückt. Eben deshalb kann nicht laut genug vor solchen Illusionen gewarnt werden; derartige Vorstellungen — dies muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden — sind lebensfremd und stehen im Widerspruch zu den jüngsten Beschlüssen der KPdSU und der Sowjetregierung über die Vervollkommnung der Planung und Leitung der Volkswirtschaft.“⁶⁾

In der Tat wäre damit das Zerrbild der sozialistischen Wirtschaft als eine durch Befehle geleitete Zentralverwaltungswirtschaft Wirklichkeit geworden, das bisher nur in der Phantasie einiger bürgerlicher Ökonomen bestand.

Es erübrigt sich wohl zu betonen, daß meine Auffassung sich vollständig mit der der Kritiker Nowoschilows deckt.

5) Vgl. Sowjetwissenschaft — Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin, 1966, Heft 7 und Heft 11.

6) A. Berg, W. Belkin, J. Birman, Elektronik ohne Wunder, Presse der Sowjetunion, Berlin, 1967, Nr. 32. S. 8 ff.

IV

Eine der Fragen, die von der politischen Ökonomie des Sozialismus nach meiner Meinung bisher noch nicht bewältigt worden ist (obwohl die Richtung, in der die Antwort geht, wie ich glaube, bereits zu erkennen ist), ist die Frage nach der *endgültigen* Form des gesellschaftlichen Eigentums. Die Frage des Eigentums ist natürlich nicht nur die entscheidende Frage in der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, weil sie die ökonomische Struktur der Gesellschaft bestimmt und damit auch die „Souveränitäts- und Herrschaftsverhältnisse“, wie Marx im *Kapital* formuliert. Ich kann diese Frage hier leider nur streifen. Sie wird bisher — mit Ausnahme Jugoslawiens — fast kaum diskutiert, weil sie natürlich auch die bestehenden „Souveränitäts- und Herrschaftsverhältnisse“ in den sozialistischen Ländern stark tangiert und daher noch zu den sogenannten „heißen Eisen“ gehört.

In der Regel wird heute zwischen zwei Formen des gesellschaftlichen Eigentums unterschieden: zwischen dem Staats- und Gruppeneigentum, wobei das Gruppeneigentum als eine niedrigere Form des gesellschaftlichen Eigentums angesehen wird. Jedoch kann man das Gruppeneigentum auch als eine Form des gesellschaftlichen Eigentums ansehen, die dem Staatseigentum überlegen ist, wenn man es nicht nur, wie heute üblich, mit dem genossenschaftlichen Eigentum identifiziert. Die Gesellschaft kann das Verfügungsrecht über die ihr gehörenden Produktionsmittel auch auf Gruppen „delegieren“, auf Produzentenkollektive, die die der Gesellschaft gehörenden Produktionsmittel, im gesellschaftlichen Auftrag, verwalten, um sich ihr Wertprodukt selbst anzueignen und um es — im Rahmen gesellschaftlicher Normative — auch selbst zu verteilen.

Unter dem Aspekt der Entstaatlichung der Wirtschaft — wie es, so scheint mir, der Trend der Entwicklung in den sozialistischen Industrieländern ist — kann man ein solches „delegiertes Gruppeneigentum“ als eine höhere Form des gesellschaftlichen Eigentums als das staatliche Eigentum anerkennen. Man versperrt sich den Weg zur Erkenntnis der Problematik der Wirtschaft entwickelter sozialistischer Industrieländer, wenn man das Gruppeneigentum, wie bisher, nur mit dem genossenschaftlichen Eigentum gleichsetzt. Als „delegiertes Gruppeneigentum“ ist es die Realisierung des gesellschaftlichen Eigentums, wenn die „Regierung über Menschen durch die Verwaltung über Sachen“ ersetzt ist, wie es Sinn und Zweck des Sozialismus ist.

Was die konkrete Form einer solchen Selbstverwaltung der unmittelbaren Produzenten anbetrifft, so scheint mir, daß sie zwischen den Reformen in der Sowjetunion und in der Deutschen Demokratischen Republik liegt, wo der Spielraum der Betriebe zwar verbreitert wird, und der Reform in Jugoslawien, wo nicht nur ökonomisch alle Konsequenzen aus der Existenz einer sozialistischen Warenproduktion gezogen werden. Dazwischen liegen auch die Reformen in der Tschechoslowakei und Ungarn, denn auch für sie sind die Formen der Mitbestimmung bis zur Mitberatung von Räten, Ausschüssen oder Komitees bei prinzipiellem Beibehalten staatlichen Eigentums noch typisch, und der Schritt zur Selbstverwaltung der unmittelbaren Produzenten auf der Grundlage eines „delegierten Gruppeneigentums“ als Basis einer sozialistischen Demokratie wurde noch nicht vollzogen.

V

Eine politische Ökonomie des Sozialismus ist nicht möglich, solange man die historischen Bedingungen der Entstehung des Sozialismus verabsolutiert und die daraus entstandenen Formen der Wirtschaft als endgültige Formen einer sozialistischen Wirtschaft überhaupt hinstellt. Sie muß vielmehr davon ausgehen, daß eine theoretische Verallgemeinerung „historischer Zufälligkeiten“ nicht nur nicht den prinzipiellen Unterschied zwischen kapitalistischer und sozialistischer Wirtschaft herausarbeitet, die „Rücknahme der Ent-

fremdung" des Menschen durch die Entfremdung von dem Produkt seiner Arbeit; sie muß auch zu Fehlentscheidungen in Ländern führen, die auf dem Wege sind, ihre ökonomische Rückständigkeit zu überwinden. Sie wäre aber auch ein Hindernis für einen möglichen friedlichen Übergang zum Sozialismus in reifen kapitalistischen Ländern, in denen die Arbeiterklasse „Strukturreformen“ im Sinne *Togliattis* im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie erkämpft. Die im Entstehen begriffene politische Ökonomie des Sozialismus kann nur von dem Satz ausgehen, den der junge Marx bereits in der *Deutschen Ideologie* schrieb: Der Kommunismus setze „eine große Steigerung der Produktivkraft, einen hohen Grad ihrer Entwicklung“ voraus; das sei eine „absolut notwendige praktische Voraussetzung, weil ohne sie nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginne und die ganze alte Scheiße sich wiederherstellen müßte ...“⁷⁾.

Erst wenn — wie Marx sagen würde — der Sozialismus seinem „Begriffe entspricht“, wenn er eine nicht nur von jeder ökonomischen Ausbeutung, sondern auch von jeder politischen (sozialen, nationalen und geistigen) Unterdrückung freie gesellschaftliche Ordnung geworden ist — erst dann werden auch alle aus der Vergangenheit übernommenen Tabus beseitigt werden können. Bis dieses Ziel erreicht ist, repräsentieren die sozialistischen Staaten eine *permanente Bewegung* zur Verwirklichung dieses Zustandes. Es hat keinen Sinn dies zu übersehen, denn das ist die Ursache dafür, daß zu den „Mißständen“, die „unvermeidlich in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft sind, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist“ — wie es Marx in seiner *Kritik des Gothaer Programms* ausdrückte —: „Mißstände“ kommen, die weder mit dem Sozialismus selbst, noch mit seiner Verwirklichung etwas zu tun haben, sondern nur aus seiner „Frühgeburt“ zu erklären sind, aus seiner historischen „Vorwegnahme“, weil die Kette des Imperialismus an ihrer schwächsten, aber leider für den Sozialismus noch nicht reifsten Stelle brach!

Es hat keinen Sinn, mit der Geschichte über die Formen zu rechten, unter denen der Sozialismus ins Leben trat. Aber schließlich fand der XX. Parteitag in Moskau und nicht in London, Paris oder Washington oder gar in Berlin statt. Warum kann sich der Kapitalismus eine so harte, ja grausame Selbstkritik — nicht vom Standpunkt der Arbeiterklasse, sondern vom Standpunkt seiner herrschenden Klasse aus — nicht leisten, wie sie in Moskau vom Standpunkt der herrschenden Klasse aus geübt wurde? Die Korrektur aufgetretener Widersprüche und Fehler liegt, wie sich zeigt, im Sozialismus selbst. Diese Korrektur beinhaltet auch die Schaffung eines solchen — institutionellen und ideologischen — Überbaus, der einer reifen sozialistischen Basis entspricht. Zu einem solchen Überbau aber gehört auch eine politische Ökonomie des Sozialismus. Was nach der Oktoberrevolution noch nicht möglich war, aus Gründen, die ich anzudeuten versucht habe, das wird heute möglich, dank der Oktoberrevolution. Wie auch immer man zu ihr stehen mag — sie hat eine neue Periode in der Geschichte der Menschheit eingeleitet, eine Periode, die, trotz allem was man mißbilligen mag, zeigt, was *Marx* in seinem Brief an *Ruge* im Jahre 1843 schrieb: „Daß die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt, von der sie nur das Bewußtsein besitzen muß, um sie wirklich zu besitzen.“⁸⁾

7) Marx-Engels, Werke, a.a.O., Band 3, Berlin 1958, S. 35.

8) Marx-Engels, Werke, a.a.O., Band 1, Berlin 1956, S. 575.